

**Aufforderung zur Abgabe des Teilnahmeantrages
und des Angebotes nebst jeweiligen
Bewerbungsbedingungen im zweistufigen
Verhandlungsverfahren
für die
europaweite Ausschreibung der
Generalplanungsleistungen
Ersatzneubau Oberschule in Neukieritzsch
OT Deutzen mit Zweifeld-Sporthalle**

gemäß Vergabeverordnung (VgV)

Referenznummer 02/2024

Inhaltsverzeichnis

1. Rahmendaten der Ausschreibung	4
1.1 Name und Adresse der Auftraggeberin	4
1.2 NUTS-Code	4
1.3 Internetadresse	4
2. Gemeinsame Beschaffung	4
2.1 Kommunikation	4
2.2 Internetadresse	4
3. Art der Auftraggeberin	4
4. Haupttätigkeiten der Auftraggeberin	4
5. Umfang der Leistung	5
5.1 Bezeichnung des Auftrages	5
5.2 CPV-Code Hauptteil	5
6. Art des Auftrags	5
7. Inhalt des Auftrags	5
7.1 Kurze Beschreibung	5
7.2 Allgemeine Beschreibung der Leistung/ Ziele der Sanierung	6
7.3 Beschreibung der Gebäude im Bestand und geplanter Ersatzneubau	6
7.4 Lageeinordnung/ Baugrundstück	7
8. Planungsziele/ Anforderungen an den Baukörper	8
8.1 Ausschreibungsgegenstand/ finanzielle und zeitliche Rahmenbedingungen	8
8.2 Vorliegende Unterlagen und Vorhandene Planung	8
9. Geschätzter Gesamtwert	9
10. Angaben zu den Losen	9
11. Beschreibung	9
11.1 Bezeichnung des Auftrags	9
11.2 Erfüllungsort	9
11.3 Hauptort der Ausführung	9
11.4 Beschreibung der Leistung	9
12. Zuschlagskriterien	10
13. Geschätzter Wert	10
14. Laufzeit des Vertrages	10
15. Hinweise zum Verfahren	11
15.1 Angaben zur Beschränkung der Zahl der Bewerber	11
15.2 Angaben zu Varianten	12

15.3 Angaben zu Optionen _____	12
15.4 Angaben zu Mitteln der Europäischen Union _____	12
15.5 Zusätzliche Angaben _____	12
16. Teilnahmebedingungen _____	13
16.1 Befähigung zur Berufsausübung einschließlich Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister _____	13
16.2 Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit _____	14
16.3 Technische und berufliche Leistungsfähigkeit _____	15
17. Bedingungen für den Auftrag/ Angaben zu einem besonderen Berufsstand _____	17
18. Beschreibung der Zuschlagskriterien _____	18
18.1 Hinweise zu den Zuschlagskriterien (a-g) _____	18
18.2 Bewertung _____	19
18.3 Referenzprojekt mit vergleichbarer Aufgabe/ Fördermittel (h-k) _____	19
18.4 Zuschlagskriterien/ Qualitätskriterien/ Hinweise allgemein _____	20
18.5 Zuschlagskriterium Honorarangebot/ Allgemeines _____	20
18.6 Honorarangebot Höhe/ Bewertung _____	21
18.7 Zusätzliche allgemeine Hinweise _____	22
19. Verfahren/ Verfahrensart _____	22
19.1 Angaben zur Verringerung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer _____	22
19.2 Angaben zur Verhandlung _____	22
19.3 Angaben zum Beschaffungsübereinkommen (GPA) _____	22
20. Verwaltungsangaben (Termine/ Fristen) _____	22
20.1 Frühere Bekanntmachungen zu diesem Verfahren _____	22
20.2 Schlusstermin für den Eingang der Teilnahmeanträge _____	22
20.3 Voraussichtlicher Tag der Absendung der Aufforderung zur Angebotsabgabe _____	23
20.4 Sprache in der die Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können _____	23
20.5 Bindefrist des Angebots _____	23
21. Weitere Angaben _____	23
21.1 Angaben zur Wiederkehr des Auftrags _____	23
21.2 Angaben zu elektronischen Arbeitsabläufen _____	23
22. Rechtsbehelfsbelehrungen/ Nachprüfungsverfahren _____	24
22.1 Zuständige Stelle für Rechtsbehelfsbelehrungen/ Nachprüfungsverfahren _____	24
22.2 Stelle, die Auskünfte über die Einlegung von Rechtsbehelfen erteilt _____	25
23. Tag der Absendung dieser Bekanntmachung _____	25

Europaweite Ausschreibung der Generalplanungsleistungen Ersatzneubau Oberschule in Neukieritzsch OT Deutzen mit Zweifeld-Sporthalle

1. Rahmendaten der Ausschreibung

1.1 Name und Adresse der Auftraggeberin

Gemeinde Neukieritzsch
Bürgermeister Herr Thomas Meckel
Schulplatz 3
04575 Neukieritzsch
Deutschland

Tel.: + 49 34342 8030
Fax: + 49 34342 50275
E-Mail: verwaltung@neukieritzsch.de

1.2 NUTS-Code

DED52

1.3 Internetadresse

<https://www.neukieritzsch.de>

2. Gemeinsame Beschaffung

2.1 Kommunikation

Die Auftragsunterlagen stehen für einen uneingeschränkten vollständigen und direkten Zugang gebührenfrei auf der Internetseite www.eVergabe.de zur Verfügung.

2.2 Internetadresse

Hauptadresse: <https://www.neukieritzsch.de>

Adresse des Beschaffer-Profiles: www.eVergabe.de

Angebote oder Teilnahmeanträge sind ausschließlich über www.eVergabe.de einzureichen.

3. Art der Auftraggeberin

Regional- oder Kommunalbehörde

4. Haupttätigkeiten der Auftraggeberin

Allgemeine öffentliche Verwaltung

5. Umfang der Leistung

5.1 Bezeichnung des Auftrages

Generalplanungsleistungen Ersatzneubau Oberschule in Neukieritzsch OT Deutzen mit Zweifeld-Sporthalle

Referenznummer der Bekanntmachung: 02/2024

5.2 CPV-Code Hauptteil

71221000-3

6. Art des Auftrags

Dienstleistungen

7. Inhalt des Auftrags

7.1 Kurze Beschreibung

Die Gemeinde Neukieritzsch befindet sich im Landkreis Leipzig zwischen dem Leipziger Neuseenland im Osten und dem Tagebau Vereinigtes Schleenhain im Westen. Die verkehrstechnische Erschließung der Gemeinde Neukieritzsch kann über die Bahnstrecke Leipzig – Hof und die B176 als sehr gut bezeichnet werden. Zur Gemeinde gehören neben dem eigentlichen Ort Neukieritzsch weitere 6 Ortsteile, diese sind Lippendorf, Kieritzsch, Deutzen, Lobstädt, Kahnsdorf und Großzössen. Im Zuge des Braunkohleabbaus im Tagebau abgebrochene Orte kamen mit ihren Flächen zu den Ortsteilen hinzu. Wirtschaftlich wird Neukieritzsch noch immer durch den Braunkohleabbau dominiert, was sich, wegen des gesetzlich vorgesehenen Endes des Abbaus von Braunkohle, erneut wandeln muss. Im Ortsteil Lippendorf befindet sich ein Braunkohlekraftwerk und westlich der Gemeinde erstreckt sich der Tagebau Schleenhain, welcher das Kraftwerk versorgt. Mit dem Energiepark Witznitz ist im Jahr 2023 der größte Solarpark Deutschlands ans Netz gegangen. Zum 31.12.2022 konnte die Gemeinde Neukieritzsch 6926 Einwohner verzeichnen.

Der vorhandene Schulstandort im Ortsteil Deutzen ist bereits seit mehreren Jahren Gegenstand politischer Diskussion. Zwischenzeitlich konnte die Möglichkeit zur Förderung eines neuen Oberschulstandortes akquiriert werden. Vor diesem Hintergrund wurde zunächst eine Variantenuntersuchung veranlasst. Dabei wurde untersucht, ob die vorhandenen Gebäude so saniert werden können, dass diese als zwei- oder dreizügiger Oberschulstandort nutzbar wären oder ob ein Ersatzneubau erfolgen müsse, um die entsprechende Nutzung gewährleisten zu können. Die Gemeinde Neukieritzsch als Auftraggeber hat sich am 26.03.2024 durch den Gemeinderat entschieden, einen Ersatzneubau für einen zweizügigen Oberschulstandort mit einer Zweifeld-Sporthalle zu errichten.

Wegen der Nähe zur Stadt Leipzig und der weiteren wirtschaftlichen Entwicklung der Region erhofft sich die Gemeinde Neukieritzsch ein weiteres Wachstum, welches dazu führen würde, dass mehr schulpflichtige Kinder am Oberschulstandort beschult werden können, und zwar auch aus dem Umland der Kommune. Im Zuge des Monitorings des Landkreis Leipzig zur Entwicklung der Schülerzahlen im Oberschulbereich wird im Einzugsgebiet der Gemeinde und den Nachbarkommunen eine steigende Tendenz festgestellt, die den Bedarf in diesem Bereich für zwei zusätzliche Klassenzüge begründet. Diese Schüler können demzufolge in den bestehenden Oberschulen ab dem Schuljahr 2027/ 2028 nicht mehr beschult werden.

Es wird ergänzend auf die bereits vorliegende und der Ausschreibung anliegende Variantenuntersuchung verwiesen.

7.2 Allgemeine Beschreibung der Leistung/ Ziele der Sanierung

Die Gemeinde Neukieritzsch beabsichtigt einen Ersatzneubau für einen zweizügigen Oberschulstandort zur dreizügigen Nutzung mit einer Zweifeld-Sporthalle zu errichten.

Bei den vorhandenen Gebäuden handelt es sich um den ehemaligen Schulstandort Deutzen. Die Schule Deutzen ist umfänglich sanierungsbedürftig. Dies gilt sowohl für die Innenraumsanierung als auch für die energetische Sanierung.

Angrenzend ist ein Neubau einer Kindertagesstätte entstanden, dessen Nutzung im Juni 2023 aufgenommen wurde.

Mit der Entscheidung des Gemeinderates für den Ersatzneubau einer zweizügigen Oberschule zur dreizügigen Nutzung mit Zweifeld-Sporthalle wurde auch entschieden, dass das vorhandene Gebäude abzureißen ist und der Abriss zu entsorgen ist.

Im Anschluss kann ein kompaktes barrierefreies zweigeschossiges Schulgebäude entstehen, welches den Anforderungen an die Raumordnung gerecht wird. Weiterhin soll sich nach ersten Vorstellungen die Zweifeld-Sporthalle nach Westen erstrecken.

Der Ersatzneubau soll nicht nur zur Entstehung eines neuen, sondern auch modernen Schulstandorts mit sehr guten Lernbedingungen für die Kinder und Jugendlichen führen, welcher den gestiegenen Anforderungen an heutige Unterrichtsformen und -inhalte Rechnung trägt. Vor allem soll eine zeitgemäße Pädagogik in einem zeitgemäßen Gebäude ermöglicht werden, wozu eben auch Integration und Inklusion sowie Barrierefreiheit gehören.

Das Gebäude soll im Zuge des Neubaus, in Bezug auf die Betreibung als Schule, schließlich optimiert werden und darüber hinaus soll diese Optimierung auch zu einem sparsameren Energieverbrauch führen.

Es wird ergänzend auf die bereits vorliegende und der Ausschreibung anliegende Variantenuntersuchung verwiesen. Selbstverständlich können diese ersten Betrachtungen überdacht werden.

7.3 Beschreibung der Gebäude im Bestand und geplanter Ersatzneubau

Bestand

Bei den vorhandenen Gebäuden handelt es sich um den ehemaligen Grundschulstandort im Ortsteil Deutzen. Die Grundschule Deutzen ist umfänglich sanierungsbedürftig. Dies gilt sowohl für die Innenraumsanierung als auch für die energetische Sanierung. Die brandschutztechnischen Anforderungen wären ebenfalls zu prüfen gewesen. Der Gebäudekomplex besteht aus einem 3-geschossigen Hauptgebäude, welches teilunterkellert ist. Der Verbindungsbau Ost ist eingeschossig und ebenfalls teilunterkellert. Der Verbindungsbau West ist eingeschossig und unterkellert. Sowohl die Turnhalle als auch das ehemalige Hortgebäude sind zweigeschossig.

Der Schulhof ist zentral zwischen den Gebäuden als offener Eingangshof gelegen. Dort führt auch die Haupteinschließung als Sackgassenerschließung entlang. Die Feuerwehrezufahrt liegt

im Bereich des ehemaligen Hortgebäudes. Stellplätze sind im Eingangshof vorhanden und sind ebenfalls östlich des ehemaligen Hortgebäudes angeordnet.

Die Pausenbereiche sind nach Süden und Westen ausgerichtet.

Der Innenbereich ist komplett sanierungsbedürftig. Die vorhandene Elektrik stammt größtenteils aus der Errichtungszeit und entspricht daher nicht mehr dem derzeitig anerkannten Stand der Technik.

Die vorhandenen Sanitäranlagen sind veraltet und nunmehr kaum noch gebrauchsfähig. Letztlich entsprechen das vorhandene Dach, die Fassade und die Fenster dem geltenden Energiegesetz in keiner Weise.

Die Gebäude sollen weitgehend abgerissen werden. Es liegt im Bestand, zumindest teilweise, eine Schadstoffbelastung durch Naphthalin vor.

Neubau

Der Neubau ist derzeitig als kompaktes zweigeschossiges Gebäude geplant. Es ist eine modulare Bauweise zu erwägen damit im Falle von erforderlichen Erweiterungen oder Außerbetriebnahmen reagiert werden kann.

Die Barrierefreiheit soll über einen Aufzug gewährleistet werden. In den Obergeschossen können die Flucht- und Rettungswege über Treppenanlagen sichergestellt werden.

Im Erdgeschoss können die Verwaltung, Gemeinschaftsflächen und allgemeine Unterrichtsräume angeordnet werden, die Bezug zu den Außenanlagen nehmen können. Die Fachkabinette sind für den Bereich der Obergeschosse geplant.

Die Zweifeld-Sporthalle soll sich im Westen erstrecken.

Die Haupteinschließung soll weiterhin über einen zentralen Zugangshof erfolgen, den das Gebäude dreiseitig einfasst.

7.4 Lageinordnung/ Baugrundstück

Das Baugrundstück kann wie folgt konkretisiert werden:

04575 Neukieritzsch OT Deutzen, Barbarastraße 20

Neukieritzsch, Gemarkung Deutzen, Flurstücke 702/17, 701, 148 i, 148 t, 148 h, 140/2; 140/73
Grundstücksgröße insgesamt: ca. 13.000 m²

Eigentümer des Grundstücks ist die Gemeinde Neukieritzsch.

Das Grundstück kann wie folgt eingeordnet werden. Es befindet sich im zentralen Bereich der Ortslage Deutzen. Das Bestandsgebäude, welches abzutragen ist, ist verkehrstechnisch vollständig erschlossen.

Es wird ergänzend auf den Lageplan verwiesen.

8. Planungsziele/ Anforderungen an den Baukörper

Es soll ein Ersatzneubau für eine zweizügige Oberschule am Standort Deutzen mit einer Zweifeld-Sporthalle erfolgen und zunächst geplant werden.

Vorab erfolgte eine Variantenuntersuchung. Bei dieser Untersuchung wurden die Vor- und Nachteile einer Sanierung mit anschließender zweizügiger Nutzung sowie die Sanierung mit anschließender dreizügiger Nutzung dem Ersatzneubau einer Oberschule zweizügig und dreizügig gegenübergestellt. Die Variantenuntersuchung einschließlich Kostenuntersuchung liegt dieser Ausschreibung an.

Der Gemeinderat hat sich in Kenntnis und Auswertung der vorstehenden Varianten in seiner Sitzung am 26.03.2024 entschlossen, den Ersatzneubau einer zweizügigen Oberschule am Standort der ehemaligen Grundschule in Deutzen voranzutreiben und so von der Modernisierung und dem Ausbau der vorhandenen Schulgebäude abzusehen. Der Gemeinderatsbeschluss liegt dieser Ausschreibung ebenfalls an.

Es soll eine möglichst barrierefreie Infrastruktur zugänglich und nutzbar sein.

Der Auftraggeber stellt erneut klar, dass sich aus dem vorhandenen Kostenrahmen ergebende Planungsansätze auch überdacht werden können.

Die weitere Planung ab der LPH 4 §§ 34 ff. HOAI und der anschließende Bau stehen unter der Bedingung, dass der Gemeinde Neukieritzsch entsprechende Fördermittel zur Verfügung gestellt werden.

8.1 Ausschreibungsgegenstand/ finanzielle und zeitliche Rahmenbedingungen

Als Kostenrahmen sind insgesamt (KG 200-700) 21.426.593,16 EUR netto/ 25.497.645,86 EUR brutto veranschlagt.

Das Vorhaben soll sehr zügig realisiert werden. Die Fördermittel sollen zum 01.09.2024 für das Jahr 2025 beantragt werden.

Alle Grundleistungen der HOAI für folgende Punkte sind Gegenstand der Ausschreibung:

1. Objektplanung Gebäude und Innenräume, LPH 3-9, §§ 34 ff. HOAI
2. Fachplanung - Tragwerksplanung, LPH 1-6, § 51 f. HOAI
3. Fachplanung für Technische Gebäudeausrüstung, LPH 1-9 § 55 f. HOAI
4. Freianlagen, LPH 1-9 § 39 f. HOAI
5. Besondere Leistungen/ Beratungsleistungen, wie Vermessungsleistungen, Gebäudeakustik/Schallschutz (Bau- und Raumakustik) Bauphysik (Wärme-/Feuchteschutz, Energiebilanzierung, Baugrunduntersuchungen, Brandschutz, Feuerwehr-, Flucht- und Rettungspläne und SiGeKo

8.2 Vorliegende Unterlagen und Vorhandene Planung

Der Auftraggeberin liegt eine Variantenuntersuchung vor, welche durch das Büro HSP architekten ingenieure Partnergesellschaft aus Zwickau erstellt wurde.

Die Unterlagen zur Variantenuntersuchung werden mit der hier vorliegenden Ausschreibung veröffentlicht. Es wird vollumfänglich auf diese vorliegenden Planungsleistungen verwiesen.

Da die Anlage dieser Unterlage und die Bekanntgabe des vorbefassten Büros erfolgte, kann sich auch dieses Büro als Bewerber an diesem Verfahren beteiligen.

9. Geschätzter Gesamtwert

ca. 21.426.593,16 EUR netto/ 25.497.645,86 EUR brutto

10. Angaben zu den Losen

Aufteilung in Lose: nein

Die Leistungen werden als Generalplanungsleistungen ausgeschrieben, um Planungs- und Baukosten zu begrenzen und die im Rahmen der Förder- und Haushaltsmittel gesetzten bindenden Kosten- und Zeitrahmen einzuhalten. Die Ausnahme vom Grundsatz der losweisen Vergabe ist für entsprechende Fälle nach Auffassung der Auftraggeberin juristisch unbedenklich.

11. Beschreibung

11.1 Bezeichnung des Auftrags

Dienstleistung

11.2 Erfüllungsort

Gemeinde Neukieritzsch OT Deutzen

11.3 Hauptort der Ausführung

Gemeinde Neukieritzsch OT Deutzen

11.4 Beschreibung der Leistung

Die Gemeinde Neukieritzsch möchte im Ortsteil Deutzen an Stelle des alten Grundschulgebäudes einen Ersatzneubau errichten, und zwar eine zweizügige Oberschule zur dreizügigen Nutzung mit einer Zweifeld-Sporthalle sowie Gestaltung der Freiflächen (Schulhof und Außensportanlagen). Dabei verfolgt die Gemeinde Neukieritzsch das Ziel, die Attraktivität der Gemeinde als Wohn- und Lebensraum für Familien weiter zu erhöhen und damit den Bedarf an notwendigem Schulraum im Einzugsgebiet der Gemeinde und der Nachbarkommunen zu decken.

Im Übrigen ist auf die vorstehende Beschreibung der Leistungen zu verweisen. Es sind die nachfolgend benannten Grundleistungen der HOAI für folgende Punkte im Rahmen einer Generalplanung zu erbringen:

1. Objektplanung Gebäude und Innenräume, LPH 3-9, § 34 HOAI
2. Fachplanung - Tragwerksplanung, LPH 1-6, § 51 HOAI
3. Fachplanung für Technische Gebäudeausrüstung, LPH 1-9 § 55 HOAI
4. Freianlagen, LPH 1-9 § 39 f. HOAI
5. Besondere Leistungen/ Beratungsleistungen, wie Vermessungsleistungen, Baugrunduntersuchungen, Gebäude-akustik/Schallschutz (Bau- und Raumakustik) Bauphysik (Wärme-/Feuchteschutz, Energiebilanzierung, Brandschutz, Feuerwehr-, Flucht- und Rettungspläne und SiGeKo

Die Ausschreibung erfolgt jeweils optional (Objektplanung und Fachplanungen LPH bis 3; 4; 5-7 und 8-9; Fachplanungen Tragwerk LPH 1-3; 4; 5-6) und die Beauftragung der Optionen ist von der Bewilligung von Fördermitteln und der Erteilung der Baugenehmigung abhängig. Das heißt die Beauftragung im Ergebnis der Ausschreibung beschränkt sich zunächst auf die Leistungen der §§ 34 ff. HOAI bis LPH 3.

Sofern dann ein Zuwendungsbescheid vorliegt, ist dieser ebenfalls vollumfänglich zu beachten.

Als Kostenrahmen für die Maßnahme sind insgesamt (KG 200-700) ca. 21.426.593,16 EUR netto/ 25.497.645,86 EUR brutto veranschlagt.

12. Zuschlagskriterien

Zuschlagskriterien sind die nachstehend näher bezeichneten Kriterien:

Zuschlagskriterium	Gewichtung
Darstellung eines möglichen Umsetzungskonzeptes	10
Umfassende Darstellung eines Referenzobjektes -Neubau von Gebäuden- für einen öffentlichen Auftraggeber	10
Umfassende Darstellung einer Referenz -Bildungseinrichtung- Vorstellung zur Projektorganisation/ interne und externe Kommunikation	10
Darstellung und Herangehensweise an die Innenausstattung/ Materialien/ Farben/ Raumakustik	5
Darstellung und Herangehensweise an Kostenplanung und Kostensicherung	10
Darstellung und Herangehensweise an die zeitliche Umsetzung der Planung und Ausführung/ Terminplanung/ Termsicherung	5
Methoden zur Sicherung der Kosteneffizienz/ Qualitätsmanagement/ Folgekosten/ Nachhaltigkeit/ Ökologie	5
Erfahrungen bei der Unterstützung zur Beantragung und Umsetzung sowie Abrechnung von Fördermitteln	10
Vorstellung des Projektteams/ Verfügbarkeit der Projektbeteiligten/ Präsentation des Projektteams/ technische Büroausstattung	10
Preis	
Honorar mit Kosten/ Nebenkosten/ Stundenlöhne/ Besondere Leistungen	20

13. Geschätzter Wert

3.937.806,40 EUR netto/ 4.685.989,61 EUR brutto

14. Laufzeit des Vertrages

01.07.2024 - 30.09.2024

Dieser Auftrag kann verlängert werden: ja

Die Auftragserteilung erfolgt optional und bezieht sich zunächst auf die Leistungsphasen bis zur LPH 3 nach §§ 34 ff. HOAI. Im Falle der Erteilung der Baugenehmigung soll es zur weiteren Beauftragung kommen und damit zur Fortsetzung des Auftrags. Die Ausführung der weiteren Leistungsphasen im Sinne der §§ 34 ff. HOAI sollen sich vorbehaltlich der Fördermittelgewährung und der Vorlage der Baugenehmigung unmittelbar anschließen. Ein Anspruch auf die weitere Beauftragung nach der LPH 3 kann der Bieter nicht geltend machen.

15. Hinweise zum Verfahren

15.1 Angaben zur Beschränkung der Zahl der Bewerber

Geplante Mindestzahl: 3
Höchstzahl: 5

Die Wertung der eingehenden Bewerbung erfolgt unter folgenden objektiven Kriterien und werden, wie nachstehend aufgeführt, bewertet.

Kriterium	max. erreichbare Punktzahl
durchschnittlicher Gesamtumsatz (Jahresmittel) der vergangenen drei Jahre (2021, 2022, 2023)	5
durchschnittlicher Umsatz für einschlägige Leistungen in den vergangenen drei Jahren (2021, 2022, 2023)	5
durchschnittliche Anzahl der Mitarbeiter der vergangenen drei Jahre (2021, 2022, 2023)	5
durchschnittliche Anzahl der Architekten und Ingenieure der vergangenen drei Jahre (2021, 2022, 2023)	5
Berufserfahrung des Projektleiters	5
Berufserfahrung des Projektstellvertreters	5
Berufserfahrung des Planers Objektplanung	5
Berufserfahrung für Generalplanung	5
Berufserfahrung des Fachplaners TGA/HLS	5
Berufserfahrung des Fachplaners TGA/ELT	5
Berufserfahrung des Fachplaners Brandschutz	5
Berufserfahrung des Fachplaners Tragwerk	5
Berufserfahrung des Fachplaners Akustik	5
Anzahl der Referenzen Objektplanungsleistungen und Generalplanungsleistungen bei vergleichbaren Bauten in den vergangenen drei Jahren (2021, 2022, 2023)	5
Anzahl der Referenzen für vergleichbare Planungsleistungen (Bildungseinrichtungen) in den vergangenen drei Jahren (2021, 2022, 2023)	5
Anzahl der Referenzen für öffentliche Auftraggeber <u>und</u> mit Fördermitteln in den vergangenen drei Jahren (2021, 2022, 2023)	5

Die Gewichtung differenziert zwischen 1, 3 und 5 Punkten, wobei die jeweiligen gestellten Mindestanforderungen immer mit 1 Punkt bewertet sind.

Die teilweise Erfüllung der o. g. Kriterien führt nicht zum Ausschluss, sondern zu einer entsprechend geringeren Bewertung, vorausgesetzt, die Mindestkriterien sind erfüllt.

Die Bewertungsübersicht bzw. -matrix steht, wie der Teilnahmeantrag u. a., auf www.eVergabe.de zur Verfügung.

Das weitere Verfahren wird auf die punktbesten Bewerber der Plätze 1 bis max. 5 beschränkt.

Bei Punktgleichheit erfolgt die Entscheidung durch Losentscheid.

15.2 Angaben zu Varianten

Varianten/ Alternativangebote sind zulässig: nein

15.3 Angaben zu Optionen

Optionen: ja Objektplanung LPH 3 und LPH 1-3 Fachplanungen; 4; 5-7, 8-9 HOAI nach §§ 34 ff. HOAI

Grund der Optionen: Erteilung Baugenehmigung; Gewährung Fördermittel

15.4 Angaben zu Mitteln der Europäischen Union

nein

Der Auftrag steht in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Mitteln des Landes Sachsen sowie der Kommune (Schulhausbau-Förderrichtlinie SchulInfra) finanziert wird.

15.5 Zusätzliche Angaben

Der Teilnahmeantrag, der EEE-Vordruck (zwingend im Rahmen der ersten Auswahlstufe zu verwendende Unterlagen) sowie die Bewertungsmatrizen und der Vertragsentwurf stehen auf www.eVergabe.de zur Verfügung.

Die Anfragen und Antworten von Bewerbern werden ebenfalls eingestellt und sind anonym.

Jeder Bewerber hat die Möglichkeit das Baugrundstück zu besichtigen. Die Besichtigung wird seitens der Gemeinde Neukieritzsch organisiert.

Es ist zu beachten, dass im Rahmen der Besichtigung keine Fragen zum Ausschreibungsverfahren beantwortet werden. Diese Fragen können aus Gründen der Transparenz ausschließlich schriftlich über das Portal www.eVergabe.de erfolgen.

Die Ausschreibung berücksichtigt die Belange des Mittelstandes angemessen, indem die Beteiligung auch von Bewerbergemeinschaften und Nachunternehmern ermöglicht wird und die Anforderungen in Bezug auf die wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit und die technische und berufliche Leistungsfähigkeit regelmäßig durch Addition der jeweiligen Anforderungen mit dem Mitglied der Bewerbergemeinschaft oder dem eigentlichen Bewerber und den Nachunternehmern erfüllt werden können.

Sollten sich Bewerbergemeinschaften bewerben, die sich im Falle der Auftragserteilung zu einer Arbeitsgemeinschaft zusammenschließen, so sind alle Mitglieder der Bewerbergemeinschaft zu benennen. Es ist anzugeben, wer der bevollmächtigte Vertreter der Bewerbergemeinschaft ist und welches Mitglied der Bewerbergemeinschaft welche Leistungen im Falle der Auftragserteilung erbringen wird.

Die Bewerbergemeinschaft hat der Auftraggeberin einen Ansprechpartner für alle wirtschaftlichen und planungsrechtlichen Fragen zu benennen.

Den Ausschreibungsunterlagen sind die Unterlagen der bisher erbrachten Variantenuntersuchung und des jeweiligen Kostenrahmens beigelegt. Die Anlage dieser Unterlagen und die Bekanntgabe der vorbefassten Büros erfolgen im Rahmen der

Ausschreibung, da sich auch diese Bewerber potenziell am Verfahren beteiligen können sollen.

Der vorhandene Planungsstand kann sehr wohl optimiert und angepasst werden.

16. Teilnahmebedingungen

16.1 Befähigung zur Berufsausübung einschließlich Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister

Auflistung und kurze Beschreibung der Bedingungen:

Folgende Erklärungen und Nachweise sind mit dem Teilnahmeantrag abzugeben:

- a) Befähigung zur Erlaubnis der Berufsausübung mit Nachweis der Berufszulassung durch Eintragung in ein Berufsregister entsprechend den Vorgaben der Europäischen Union bzw. desjenigen EU-Staates, in dem der Bewerber tätig ist. Nachweis, dass die Berufsbezeichnung Architekt und/oder Ingenieur geführt werden darf.
- b) Erklärung, ob und auf welche Art der Bewerber den Auftrag erbringt (Ausführung ausschließlich durch eigenes Unternehmen, Bewerbergemeinschaft oder mit Hilfe von Nachunternehmern). Sollte die Leistungserbringung durch Bewerbergemeinschaften oder mit Hilfe von Nachunternehmern erfolgen, ist durch den Bewerber zu erklären, wie die Aufteilung der Leistungen erfolgen wird und welche Person der Ansprechpartner für alle wirtschaftlichen und planungsrechtlichen Fragestellungen ist.
- c) Erklärung, ob und auf welche Art und Weise der Bewerber, die Mitglieder der Bewerbergemeinschaft oder der eventuell tätige Nachunternehmer wirtschaftlich mit anderen Unternehmen verbunden sind.
- d) Eigenerklärung, dass keine Ausschlussgründe gemäß § 123, § 124 GWB bestehen.
- e) Eigenerklärung über das Nichtvorliegen von Ausschlussgründen nach § 21 MiLoG.
- f) Der Bewerber muss bereit sein, im Auftragsfalle eine Erklärung nach § 1 des Verpflichtungsgesetzes abzugeben.
- g) Auszufüllender und zu unterzeichnender Teilnahmeantrag nebst Anlagen und EEE-Vordruck. Unterlagen stehen auf www.eVergabe.de zur Verwendung in der ersten Auswahlstufe zur Verfügung.
- h) Bedient sich der Bewerber gemäß § 47 VgV eines Nachunternehmers, so soll er durch eine Verpflichtungserklärung derselben nachweisen, dass der jeweilige Nachunternehmer tatsächlich die ihm zugedachte Leistung erbringen kann. Die vorgenannten Nachweise und Erklärungen sind zwingend auch durch den Nachunternehmer abzugeben und den Bewerbungsunterlagen des Bewerbers beizufügen.

Eine Kostenerstattung gegenüber dem Bewerber für die Erstellung seiner Bewerbungsunterlagen erfolgt nicht. Der Bewerber erhält die Bewerbungsunterlagen nicht zurück.

Die Auftraggeberin behält sich vor, Erklärungen und Nachweise beim Bewerber nachzufordern, sofern diese zum Zeitpunkt der Abgabe der Bewerbungsunterlagen nicht beigelegt haben und soweit dies juristisch möglich ist und eine Relevanz für die Wertung besteht. Die Auftraggeberin wird für die Nachforderung von Nachweisen und Erklärungen gegenüber dem Bewerber eine angemessene Frist im Sinne des § 56 Abs. 4 VgV setzen. Werden die insofern geforderten Unterlagen dann nicht fristgerecht eingereicht, wird die Bewerbung vom weiteren Verfahren ausgeschlossen.

16.2 Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

Auflistung und kurze Beschreibung der Eignungskriterien:

Folgende Erklärungen und Unterlagen sind durch oder mit den Bewerbungsunterlagen abzugeben oder diesen beizufügen:

- a) Erklärung zum Gesamtumsatz in den letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahren (2021, 2022, 2023).

Erklärungen zum Umsatz bei einschlägigen Planungsleistungen in den letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahren (2021, 2022, 2023); die Nachunternehmer benennen auch die Umsätze, wie vorstehend beschrieben.

Die jeweiligen Gesamtumsätze und Umsätze einschlägiger Planungsleistungen des Bewerbers oder des Nachunternehmers werden addiert und gehen als Summe in die Wertung ein.

- b) Nachweis einer Berufshaftpflicht gemäß § 45 Abs. 1 Nr. 1 bzw. 4 VgV über 5.000.000,00 EUR Personenschäden und über 3.000.000,00 EUR für sonstige Schäden (Sach- und Vermögensschäden) bei einem Versicherungsunternehmen oder Kreditinstitut, das in einem Mitgliedsstaat der EU oder eines Vertragsstaates des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum zugelassen ist.

Die Ersatzleistung der Versicherung muss mindestens das Zweifache der Deckungssumme pro Jahr betragen. Die Deckung muss über die Vertragslaufzeit uneingeschränkt erhalten bleiben. Die Versicherung kann bereits ständig abgeschlossen sein oder im Auftragsfall projektbezogen abgeschlossen werden.

Bei Versicherungsverträgen mit Pauschaldeckung (d. h. ohne Unterscheidung nach Personen- und übrigen Vermögensschäden) ist eine Erklärung des Versicherungsunternehmens erforderlich, dass beide Schadenskategorien im Auftragsfall parallel zueinander mit den geforderten Deckungssummen abgesichert sind. Die geforderte Sicherheit kann auch durch eine Erklärung des Versicherungsnehmers nachgewiesen werden, in der er den Abschluss der geforderten Haftpflichtleistungen und Deckungsnachweise im Auftragsfall zusichert.

Der Versicherungsnachweis darf, gerechnet vom Tag der Bekanntmachung an, nicht älter als sechs Monate sein und muss der Bewerbung beiliegen. Das Ausstellungsdatum muss aus dem Nachweis ersichtlich sein. Bei Bewerbergemeinschaften muss für jedes Mitglied und bei Nachunternehmern für jeden Nachunternehmer ein entsprechender Versicherungsnachweis vorliegen.

- c) Auszufüllender und zu unterzeichnender Teilnahmeantrag und EEE-Vordruck; Unterlagen stehen auf www.eVergabe.de zur Verwendung in der ersten Auswahlstufe zur Verfügung.

Geforderte Mindeststandards:

- durchschnittlicher Gesamtumsatz (Jahresmittel) von 1.000.000,00 EUR
- durchschnittlicher Umsatz einschlägige Planungsleistungen (Mittel) 700.000,00 EUR
- Nachweis der Berufshaftpflichtversicherung über 5.000.000,00 EUR für Personenschäden und 3.000.000,00 EUR für sonstige Schäden (Sach- und Vermögensschäden),
- ausgefüllter und zu unterzeichnender Teilnahmeantrag und EEE-Vordruck, Unterlagen stehen auf www.eVergabe.de zur Verfügung,
- Nachweis der im Auftragsfall vorliegenden Berufshaftpflichtversicherung mit den vorgenannten Deckungssummen

Die Auftraggeberin behält sich vor, Erklärungen und Nachweise beim Bewerber nachzufordern, sofern diese zum Zeitpunkt der Abgabe der Bewerbungsunterlagen nicht

beigelegt haben, jedoch eine Relevanz für die Wertung besteht. Die Auftraggeberin wird für die Nachforderung von Nachweisen und Erklärungen gegenüber dem Bewerber eine angemessene Frist im Sinne des § 56 Abs. 4 VgV setzen. Werden die insofern geforderten Unterlagen dann nicht fristgerecht eingereicht, wird die Bewerbung vom weiteren Verfahren ausgeschlossen.

16.3 Technische und berufliche Leistungsfähigkeit

Auflistung und kurze Beschreibung der Eignungskriterien:

- a) Angabe der durchschnittlichen Anzahl von Mitarbeitern in den letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahren (2021, 2022, 2023) gemäß § 46 Abs. 3 Nr. 8 VgV, die Nachunternehmer benennen auch die Mitarbeiter wie vorstehend beschrieben.
Die jeweilige Anzahl der Mitarbeiter der Bewerber/Bewerbergemeinschaft und der Nachunternehmer werden addiert und gehen als Summe in die Wertung ein.
- b) Angabe der durchschnittlichen Anzahl von Architekten und Ingenieuren (Fachkräften) in den letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahren (2021, 2022, 2023) gemäß § 46 Abs. 3 Nr. 2 VgV, Angabe der im Zusammenhang mit der Leistungserbringung einzusetzenden Fachkräfte und die eindeutige Benennung des Projektleiters bzw. des stellvertretenden Projektleiters sowie der übrigen Fachplaner.
Die Erklärung des Bewerbers/Bewerbergemeinschaft über die Berufsqualifikation des Projektleiters und des stellvertretenden Projektleiters gemäß § 75 VgV.
Die Person des Projektleiters erfüllt die fachliche Anforderung, wenn er berechtigt ist, die Berufsbezeichnung „Architekt“ (im Sinne des § 75 Abs. 1 VgV) oder „Ingenieur“ (im Sinne des § 75 Abs. 2 VgV) im jeweiligen Herkunftsstaat des Bewerbers (Sitz des Bewerbers) zu führen. Dies ist nachzuweisen.
Die Person des stellvertretenden Projektleiters erfüllt die fachliche Anforderung, wenn er berechtigt ist, die Berufsbezeichnung „Architekt“ (im Sinne des § 75 Abs. 1 VgV) oder „Ingenieur“ (im Sinne des § 75 Abs. 2 VgV) im jeweiligen Herkunftsstaat des Bewerbers (Sitz des Bewerbers) zu führen. Dies ist nachzuweisen.
Der jeweilige Fachplaner erfüllt die fachliche Anforderung, wenn er berechtigt ist, die Berufsbezeichnung „Architekt“ (im Sinne des § 75 Abs. 1 VgV) oder „Ingenieur“ (im Sinne des § 75 Abs. 2 VgV) im jeweiligen Herkunftsstaat des Bewerbers (Sitz des Bewerbers) zu führen. Falls im jeweiligen Herkunftsstaat die Berufsbezeichnung „Architekt“ oder „Ingenieur“ nicht gesetzlich geregelt sein sollte, sind vergleichbare fachliche Qualifikationen nachzuweisen, also Befähigungsnachweise vorzulegen, deren Anerkennung nach der Richtlinie 2005/36/EG -Berufsanerkennungsrichtlinie-gewährleistet ist.
Die Mitglieder einer Bewerbergemeinschaft und die Nachunternehmer benennen auch die Anzahl der Mitarbeiter, Architekten und Ingenieure, wie vorstehend beschrieben. Die jeweilige Anzahl der Mitarbeiter, Architekten und Ingenieure der Bewerber/Bewerbergemeinschaften und Nachunternehmer werden addiert und gehen als Summe in die Wertung ein.
- c) Die Berufserfahrung des Projektleiters ist durch Vorlage eines aussagekräftigen Lebenslaufes und des geeigneten Nachweises zum Berufsabschluss im obenstehenden Sinne nachzuweisen.
- d) Die Berufserfahrung des stellvertretenden Projektleiters ist durch Vorlage eines aussagekräftigen Lebenslaufes und des geeigneten Nachweises zum Berufsabschluss im obenstehenden Sinne nachzuweisen.
- e) Die Berufserfahrung des Planers Objektplanung ist durch Vorlage eines aussagekräftigen Lebenslaufes nachzuweisen.
- f) Die Berufserfahrung für die Generalplanung ist durch Vorlage eines aussagekräftigen Lebenslaufes nachzuweisen.

- g) Die Berufserfahrung des Fachplaners - TGA/HLS ist durch Vorlage eines aussagekräftigen Lebenslaufes nachzuweisen.
- h) Die Berufserfahrung des Fachplaners - TGA/ELT ist durch Vorlage eines aussagekräftigen Lebenslaufes nachzuweisen.
- i) Die Berufserfahrung des Fachplaners - Brandschutz ist durch Vorlage eines aussagekräftigen Lebenslaufes nachzuweisen.
- j) Die Berufserfahrung des Fachplaners - Tragwerk ist durch Vorlage eines aussagekräftigen Lebenslaufes nachzuweisen.
- k) Die Berufserfahrung des Fachplaners - Akustik ist durch Vorlage eines aussagekräftigen Lebenslaufes nachzuweisen.

Angabe von mindestens zwei Referenzen gemäß § 75 Abs. 5 VgV für Objektplanungsleistungen und für Generalplanungsleistungen bei vergleichbaren Bauten (Neubau) in den vergangenen drei Jahren (2021, 2022, 2023) einschließlich der nachbenannten Angaben.

Angabe von mindestens drei Referenzen gemäß § 75 Abs. 5 VgV für vergleichbare Planungsleistungen (Bildungseinrichtungen) in den vergangenen drei Jahren (2021, 2022, 2023) einschließlich der nachbenannten Angaben.

Referenzen können bei beiden vorstehenden Kategorien genannt werden, wenn mehrere Kategorien erfüllt sind.

Von den vorstehend geforderten Referenzen müssen mindestens zwei Referenzobjekte für öffentliche Auftraggeber sowie auf der Basis von Fördermitteln erfolgt sein.

Die Leistungserbringung soll durch die jeweiligen Auftraggeber schriftlich bestätigt sein.

Folgende Angaben sind bei den Referenzobjekten erforderlich:

- Bezeichnung des beauftragten Architektur- oder Ingenieurbüros
- ggf. Benennung des Nachunternehmers
- Projektbezeichnung
- Name des Projektleiters und des stellvertretenden Projektleiters
- Projektlaufzeit (mindestens 1 x LPH 2-8)
- Projektvolumen brutto insgesamt (KG 200-700)
- Projektvolumen
- beauftragte, selbst erbrachte Leistungen
- beauftragte Leistungen der/des Nachunternehmer/s
- Honorarzone
- Einhaltung des Kosten- und Terminrahmens
- Länge der Planungs- und Bauzeit
- öffentliche Fördermittel (welches Fördermittelprogramm) und öffentliche Auftraggeberin
- Kontaktdaten Auftraggeberin

Die Nachunternehmer benennen zu den jeweils von ihnen zu erbringenden Leistungen ebenfalls 3 Referenzen und deren Auftraggeber, ohne dabei die vorstehend geforderten Angaben im Einzelnen benennen zu müssen.

Sonstiges:

Die Angaben zu den Referenzobjekten im vorstehenden Sinne sind auf jeweils höchstens zwei DIN A4-Seiten einschließlich eventueller graphischer Darstellungen (Grundrisse, Ansichten, Fotos und Beschreibung in Textform) zu beschränken.

Die Auftraggeberin behält sich vor, Bescheinigungen von öffentlichen und privaten Auftraggebern über die Ausführung der angegebenen Referenzobjekte zu prüfen. Bewerber, bei denen im Zuge der Referenzprüfung festgestellt wird, dass die erbrachten Angaben nicht korrekt sind, werden von der weiteren Wertung ausgeschlossen.

Geforderte Mindeststandards des Bewerbers/der Bewerbergemeinschaft:

- durchschnittliche Anzahl von mindestens 12 Mitarbeitern in den letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahren (2021, 2022, 2023)
- durchschnittliche Anzahl von mindestens 10 Architekten (im Sinne des § 75 Abs. 1 VgV) und/oder Ingenieuren (im Sinne von § 75 Abs. 2 VgV) inklusive Geschäftsführung in den letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahren (2021, 2022, 2023)
- 10 Jahre Berufserfahrung für den Projektleiter
- 7 Jahre Berufserfahrung für den stellvertretenden Projektleiter
- 10 Jahre Berufserfahrung für den Planer Objektplanung
- 7 Jahre Berufserfahrung für Generalplanung
- 7 Jahre Berufserfahrung für den Fachplaner - TGA/HLS
- 7 Jahre Berufserfahrung für den Fachplaner - TGA/ELT
- 7 Jahre Berufserfahrung für den Fachplaner - Brandschutz
- 7 Jahre Berufserfahrung für den Fachplaner - Tragwerk
- 7 Jahre Berufserfahrung für den Fachplaner - Akustik
- 2 Referenzen für Objektplanungen und für Generalplanungsleistungen bei vergleichbaren Bauten (Neubau) in den vergangenen drei Jahren (2021, 2022, 2023)
- 3 Referenzen für vergleichbare Planungsleistungen für Bildungseinrichtungen in den vergangenen drei Jahren (2021, 2022, 2023),
- davon (beide vorstehenden Anstriche) 2 Referenzobjekte für öffentliche Auftraggeber und mit Umsetzung von Fördermitteln in den vergangenen drei Jahren (2021, 2022, 2023)
- auszufüllender und zu unterzeichnender Teilnahmeantrag und Vordruck-EEE; Unterlagen stehen auf www.eVergabe.de zur Verfügung; Nachweis der Berufshaftpflichtversicherung mit den vorstehend angegebenen Deckungssummen

Die Auftraggeberin behält sich vor, Erklärungen und Nachweise beim Bewerber nachzufordern, sofern diese zum Zeitpunkt der Abgabe der Bewerbungsunterlagen nicht beigelegt haben, jedoch eine Relevanz für die Wertung besteht. Die Auftraggeberin wird für die Nachforderung von Nachweisen und Erklärungen gegenüber dem Bewerber eine angemessene Frist im Sinne des § 56 Abs. 4 VgV setzen. Werden die insofern geforderten Unterlagen dann nicht fristgerecht eingereicht, wird die Bewerbung vom weiteren Verfahren ausgeschlossen.

17. Bedingungen für den Auftrag/ Angaben zu einem besonderen Berufsstand

Die Erbringung der Dienstleistung ist einem besonderen Berufsstand vorbehalten.

18. Beschreibung der Zuschlagskriterien

Folgende Zuschlagskriterien sind darzustellen:

- a) Darstellung eines möglichen Umsetzungskonzeptes mit kurzer Darstellung der beabsichtigten Herangehensweise an die ausgeschriebene Aufgabenstellung;
- b) Vorstellung zur Projektorganisation/ interne und externe Kommunikation;
- c) Darstellung und Herangehensweise an die Innenausstattung/ Materialien/ Farben/ Raumakustik;
- d) Darstellung und Herangehensweise an Kostenplanung und Kostensicherung;
- e) Darstellung und Herangehensweise an die zeitliche Umsetzung der Planung und Ausführung/ Terminplanung / Terminalsicherung;
- f) Methoden zur Sicherung der Kosteneffizienz/ Folgekosten/ Qualitätsmanagement/ Nachhaltigkeit/ Ökologie;
- g) Vorstellung des Projektteams/ Verfügbarkeit der Projektbeteiligten/ Präsentation des Projektteams/ technische Büroausstattung;
- h) Erfahrungen bei der Unterstützung zur Beantragung und Umsetzung sowie Abrechnung von Fördermitteln;
- i) umfassende Darstellung eines Referenzobjektes -Neubau von Gebäuden- für einen öffentlichen Auftraggeber;
- j) umfassende Darstellung eines Referenzobjektes -Bildungseinrichtung-

18.1 Hinweise zu den Zuschlagskriterien (a-g)

Es ist ein Umsetzungskonzept mit einer kurzen Darstellung der möglichen Herangehensweise an die geplanten Leistungen vorzulegen, das auf die vorstehend ausgeführten Stichpunkte und die bereits erfolgten Planungen Bezug nimmt.

Bei den Darlegungen zur Umsetzung in Bezug auf die konkret ausgeschriebene Leistung soll lediglich die Methodik skizziert und nicht die eigentliche Planungsleistung in irgendeiner Form vorweggenommen werden. Dies gilt auch für die übrigen Stichpunkte. Es handelt sich insofern nicht um Leistungen, die bereits einer Vergütung unterliegen oder unterliegen können.

Im Umsetzungskonzept ist auf den bereits vorliegenden Kostenrahmen einzugehen. Veränderungsvorschläge können unterbreitet werden.

Bei dem Umsetzungskonzept ist auch darauf einzugehen, dass es sich um eine Maßnahme handelt, die den Schulbetrieb und Ferienzeiten zu berücksichtigen hat.

Bei den vorstehend ausgeführten Stichpunkten a) bis g), die der Gewichtung unterliegen, ist zu jedem Punkt kurz gesondert darzulegen.

Im Hinblick auf die Verfügbarkeit des Projektteams unter g) ist es für den Auftraggeber wünschenswert, wenn, insbesondere während der Bauphase, eine Wegzeitstrecke zum Bauvorhaben von einer Stunde nicht überschritten wird.

Im Anschluss an das Bietergespräch wird neben der Präsentation der Ausführungen zu den vorstehenden Anforderungen auch die in Papierform vorgelegte Ausführung ausschließlich von dem im Bietergespräch anwesenden Personenkreis wegen der Form und des aufgeführten Inhalts bewertet.

Eine Kostenerstattung gegenüber dem Bewerber für die Erstellung der Ausführungen erfolgt ausdrücklich nicht.

Die vorstehenden Zuschlagskriterien sind bereits im Rahmen der Angebotsabforderung über www.eVergabe.de innerhalb der Angebotsfrist zu erfüllen und zum Bietergespräch in Papierform vorzulegen, die Ausführungen sind in 4-facher Ausfertigung zu übergeben.

Die Ausführungen sollen einen Umfang von 15 DIN A4 - Seiten bei üblicher Schriftgröße nicht überschreiten.

18.2 Bewertung

Die Bewertung erfolgt nach Punkten, die anschließend gewichtet werden.

Die Punkte 5, 3 und 1 beinhalten folgende Bewertung:

5 Punkte:

Die jeweiligen Qualitätskriterien benannt unter a) bis g) sind im Rahmen der Angebotsabgabe und des Bietergesprächs erfasst sowie verständlich und nachvollziehbar dargestellt. Der jeweilige Ansatz überzeugt und ist optimal geeignet, die anstehenden Aufgaben zu lösen. Schwierigkeiten, die mit der Leistungsbeschreibung verbunden sein könnten, werden erfasst, benannt und Lösungen angeboten.

3 Punkte:

Die jeweiligen Qualitätskriterien benannt unter a) bis g) sind im Rahmen der Angebotsabgabe und/oder des Bietergesprächs erfasst und im Wesentlichen verständlich und nachvollziehbar dargestellt. Der jeweilige Ansatz ist geeignet, die anstehenden Aufgaben zu lösen. Schwierigkeiten, die mit der Leistungsbeschreibung verbunden sein könnten, werden erfasst.

1 Punkt:

Die jeweiligen Qualitätskriterien benannt unter a) bis g) sind im Rahmen der Angebotsabgabe und/oder des Bietergesprächs nicht oder unwesentlich erfasst. Der jeweilige Ansatz überzeugt nicht. Schwierigkeiten, die mit der Leistungsbeschreibung verbunden sein könnten, werden nicht oder unzureichend erfasst.

18.3 Referenzprojekt mit vergleichbarer Aufgabe/ Fördermittel (h-k)

Das Referenzobjekt oder die Referenzobjekte sind kurz zu beschreiben, wobei die Angaben, die im Rahmen des Teilnahmeantrags zu den Referenzen erfolgten, nicht nochmals Gegenstand der Bewertung sind. Insbesondere wird gewertet, wie an die Umsetzung der beauftragten Leistung (bei einer vergleichbaren Leistung) herangegangen wurde, ob und in welchem Umfang die örtliche Verfügbarkeit des Projektteams gegeben war, wie die Kommunikation mit einem und/oder mehreren Auftraggebern erfolgte, wie im Zusammenhang mit der Beantragung der Fördermittel Unterstützung gegenüber den Auftraggebern geleistet wurde und wie die Unterstützung gegenüber den Auftraggebern bei der Abrechnung der Fördermittel erfolgte.

Bei den Ausführungen ist zu jedem der vorstehend ausgeführten Stichpunkte h) bis k), die der Gewichtung unterliegen, kurz darzulegen.

Das vorstehende Qualitätskriterium ist ebenfalls bereits im Rahmen der Angebotsabforderung über www.eVergabe.de innerhalb der Angebotsfrist schriftlich zu erfüllen und zum Bietergespräch in Papierform vorzulegen, die Ausführungen sind in 4-facher Ausfertigung zu übergeben.

Die Ausführungen sollen einen Umfang von 5 DIN A4 - Seiten (Kriterien h-k) bei üblicher Schriftgröße nicht überschreiten.

Die Bewertung erfolgt nach Punkten, die anschließend gewichtet werden. Die Punkte 5, 3 und 1 beinhalten folgende Bewertung:

5 Punkte:

Das Referenzobjekt und die Herangehensweise bei einer vergleichbaren Aufgabe sind anschaulich dargestellt und verständlich beschrieben.

3 Punkte:

Das Referenzobjekt und die Herangehensweise bei einer vergleichbaren Aufgabe sind dargestellt und beschrieben.

1 Punkt:

Das Referenzobjekt und die Herangehensweise bei einer vergleichbaren Aufgabe sind unzureichend dargestellt und unzureichend beschrieben.

18.4 Zuschlagskriterien/ Qualitätskriterien/ Hinweise allgemein

Im Anschluss an das Bietergespräch werden neben der Präsentation der Ausführungen zu den vorstehenden Anforderungen auch die bereits im Rahmen der Angebotsabgabe eingereichten und in Papierform vorgelegten Ausführungen ausschließlich von dem im Bietergespräch anwesenden Personenkreis unter Zuhilfenahme der hier bereits anliegenden Matrix für die 2. Auswahlstufe bewertet.

Die Bewertung erfolgt durch ca. 5 Personen, bestehend aus dem Bürgermeister der Gemeinde Neukieritzsch sowie Mitarbeitern der Verwaltung und gegebenenfalls Mitgliedern des Gemeinderates und/oder der Schule.

Die Bewertung erfolgt entsprechend der anliegenden Wertungsmatrix/Zuschlagskriterien bzw. wie vorstehend beschrieben.

Eine Kostenerstattung gegenüber dem Bewerber für die Erstellung der Ausführungen erfolgt ausdrücklich nicht.

18.5 Zuschlagskriterium Honorarangebot/ Allgemeines

Das Preisangebot ist bereits im Rahmen der Angebotsabforderung über www.eVergabe.de innerhalb der Angebotsfrist schriftlich vorzulegen und zum Bietergespräch in Papierform einzureichen, die Ausführungen sind in 4-facher Ausfertigung zu übergeben.

Insofern ist ein Preisangebot zu unterbreiten, welches sich an der HOAI orientiert, wobei auch erkennbar sein muss, welche Vergütung auf die jeweilig geforderten Planungsleistungen

sowie die Besonderen Leistungen entfällt, dies unter Angabe von Stundensätzen und Nebenkosten.

Es wird vorausgesetzt, dass die Honorarabrechnungen den Förderrichtlinien entsprechen werden.

Als besondere Leistungen sind die Erstellung der Flucht- und Rettungspläne, SiGeKo, Brandschutz, Akustik und Baugrunduntersuchungen vorzusehen. Diese sind pauschaliert oder basierend auf Stundenhonoraren anzubieten.

Bei der Angabe von Stundensätzen ist nach den jeweiligen Qualifikationen der Projektausführenden (Projektleiter, stellvertretender Projektleiter, Büroangestellte u. a.) zu unterscheiden.

Darüber hinaus ist neben dem Nettobetrag die gesetzliche Mehrwertsteuer sowie der Bruttobetrag zu benennen.

Es ist aufzuführen, wie bzw. in welchen zeitlichen Intervallen das Honorar abgerechnet werden soll und nachgewiesen wird, wie dieses gegenüber der Fördermittelgeberin zur Abrechnung kommen soll.

Im Anschluss an das Bietergespräch wird neben der kurzen Präsentation des Preisangebots auch das in Papierform im Rahmen der Angebotsabgabe sowie zum Bietergespräch vorgelegte und präsentierte Preisangebot bewertet.

Das jeweilige Preisangebot soll einen Umfang von 6 DIN A4-Seiten bei üblicher Schriftgröße nicht überschreiten.

18.6 Honorarangebot Höhe/ Bewertung

Die Bewertung erfolgt nach Punkten, die anschließend gewichtet werden. Die Punkte 5, 3 und 1 werden nach folgender Maßgabe vergeben.

Als auskömmliches Honorar wird zunächst der Mittelwert zwischen der Honorarschätzung der Auftraggeberin (H_{AG}) und dem Mittelwert (H_m) aller Angebote (H_i) gewählt.

Das „optimale“ Honorar (H_{opt}) ist dann:

$$H_{opt} = \frac{H_{AG} + H_m}{2}$$

Das optimale Honorar H_{opt} wird als sehr gut bewertet und erhält die maximale Bewertung von 5 Punkten. Eine Abweichung von bis zu 5 Prozent ober- und unterhalb dieses Wertes erhält ebenfalls eine Bewertung von 5 Punkten.

Bei Abweichungen zwischen 5 und bis zu 10 Prozent ober- und unterhalb des optimalen Honorar H_{opt} erfolgt eine Bewertung mit 3 Punkten

Alle anderen Honorarangebote erhalten eine Bewertung von 1 Punkt.

18.7 Zusätzliche allgemeine Hinweise

Im Anschluss an das Bietergespräch werden neben der Präsentation der Ausführungen zu den vorstehenden Anforderungen auch die bereits im Rahmen der Angebotsabgabe eingereichten und in Papierform vorgelegten Ausführungen ausschließlich von dem im Bietergespräch anwesenden Personenkreis hinsichtlich der Form und des aufgeführten Inhaltes bewertet.

19. Verfahren/ Verfahrensart

Offenes Verhandlungsverfahren mit Teilnahmewettbewerb

19.1 Angaben zur Verringerung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer

siehe vorstehend

19.2 Angaben zur Verhandlung

Die Auftraggeberin behält sich vor, den Zuschlag ohne weitere Verhandlung auf Grundlage des im Rahmen des Auswahlverfahrens abgegebenen Erstangebotes des Bewerbers zu vergeben (§ 17 Abs. 11 VgV).

Wie Ihnen bekannt ist, kann die Angebotsfrist im Sinne des § 17 Abs. 6 VgV erheblich verkürzt werden. Dies gilt insbesondere dann, wenn, wie vorliegend, über www.eVergabe.de, die elektronische Übermittlung akzeptiert wird und im Übrigen die Voraussetzungen für die Abgabe des Angebots bzw. das Bietergespräch und mithin die Zuschlagskriterien bereits mit der Auftragsbekanntmachung veröffentlicht wurden.

Insofern behält sich die Auftraggeberin vor, die Angebotsfrist im Sinne des § 17 Abs. 6 VgV zu beschränken.

In diesem Zusammenhang würden die Bieter nochmals gesondert aufgefordert werden, vorsorglich im Sinne des § 17 Abs. 7 VgV ihr Einverständnis dahingehend mitzuteilen, dass die Angebotsfrist gegebenenfalls verkürzt wird. Die Verkürzung erfolgt dann auf diese Frist für alle Bieter gleichermaßen.

19.3 Angaben zum Beschaffungsübereinkommen (GPA)

Der öffentliche Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkommen: nein

20. Verwaltungsangaben (Termine/ Fristen)

20.1 Frühere Bekanntmachungen zu diesem Verfahren

nein

20.2 Schlusstermin für den Eingang der Teilnahmeanträge

Tag: 13.05.2024
Uhrzeit: 12:00 Uhr

20.3 Voraussichtlicher Tag der Absendung der Aufforderung zur Angebotsabgabe

Tag: 15.05.2024

20.4 Sprache in der die Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können

Deutsch

20.5 Bindefrist des Angebots

Das Angebot muss gültig bleiben bis 30.06.2024.

21. Weitere Angaben

21.1 Angaben zur Wiederkehr des Auftrags

Dies ist ein wiederkehrender Auftrag: nein

21.2 Angaben zu elektronischen Arbeitsabläufen

- a) Der ausgefüllte Teilnahmeantrag sowie die Anlagen und der EEE-Vordruck sind rechtsgültig zu unterschreiben und mit den geforderten Nachweisen, Erklärungen und Anlagen zwingend innerhalb der Bewerbungsfrist digital bei www.eVergabe.de einzureichen. Nicht unterschriebene bzw. nicht digital eingereichte Bewerbungen bei www.eVergabe.de werden im weiteren Verfahren nicht berücksichtigt. Ein Angebot, das nicht form- oder fristgerecht eingegangen ist, wird ausgeschlossen, es sei denn, der Bewerber hat dies nicht zu vertreten (wobei er hierfür nachweispflichtig ist).
- b) Während der Bewerbungsphase sind Rückfragen ausschließlich in digitaler Form an die Auftraggeberin unter www.eVergabe.de bis spätestens 4 Kalendertage vor Ablauf der Teilnahmefrist zu richten.
Verbindliche Stellungnahmen, die für alle Bewerber von Relevanz sind, werden als Erläuterungen, Aktualisierungen oder Änderungen zu den Vergabeunterlagen unter www.eVergabe.de bis 4 Kalendertage vor Ablauf der Teilnahmefrist veröffentlicht.
- c) Eingereichte Bewerbungsunterlagen verbleiben bei der Auftraggeberin und werden nicht zurückgesendet.
- d) Geforderte Nachweise sind in Kopie, nicht deutschsprachige Nachweise in einer beglaubigten Übersetzung, der Bewerbung beizulegen.
- e) Informationspflicht der Bewerber:
Der Bewerber verpflichtet sich, sich eigenverantwortlich bis 4 Kalendertage vor Ablauf der Teilnahmefrist auf der zuvor genannten Internetseite zu informieren, ob Erläuterungen, Aktualisierungen oder Änderungen zu den Vergabeunterlagen vorgenommen wurden. Weiter wurde der Bewerber ausdrücklich darauf hingewiesen, dass sich in besonderen Fällen die Notwendigkeit ergeben kann, die Teilnahmefrist auch noch innerhalb der zuvor genannten 4 Kalendertage abzuändern oder zu verschieben. Entsprechende Erläuterungen, Aktualisierungen oder Änderungen werden unverzüglich auf zuvor genannter Internetseite veröffentlicht. Es wird darauf hingewiesen, dass alle veröffentlichten Erläuterungen, Aktualisierungen oder Änderungen Bestandteil der Vergabeunterlagen sind.
Sollten sich die veröffentlichten Erläuterungen, Aktualisierungen oder Änderungen auf den Teilnahmeantrag auswirken, gelten folgende Regelungen:
Ist der Teilnahmeantrag bereits versandt worden, so ist dies der Auftraggeberin bis zum Ende der Teilnahmefrist auf www.eVergabe.de mitzuteilen, sofern:

- der alte Teilnahmeantrag für ungültig erklärt und kein neuer Teilnahmeantrag abgegeben wird,
- der alte Teilnahmeantrag für ungültig erklärt und ein neuer Teilnahmeantrag abgegeben wird; der neue Teilnahmeantrag muss vor Ende der Teilnahmefrist vorliegen,
- der alte Teilnahmeantrag - ergänzt um das Erläuterungs-, Aktualisierungs- oder Änderungsschreiben - aufrecht erhalten werden soll; auf die Möglichkeit diese, vom speziellen Einzelfall abhängige Variante wählen zu können, wird in dem betreffenden Erläuterungs-, Aktualisierungs- oder Änderungsschreiben ausdrücklich hingewiesen; es wird darauf hingewiesen, dass das unterzeichnete Erläuterungs-, Aktualisierungs- oder Änderungsschreiben vor Ablauf der Teilnahmefrist der Auftraggeberin vorliegen muss,
- der alte Teilnahmeantrag unverändert aufrechterhalten werden soll; in dem Fall wird darauf hingewiesen, dass ein bereits eingereichter Teilnahmeantrag, wenn erforderlich, an die Erläuterungs-, Aktualisierungs- oder Änderungsschreiben angepasst werden muss.
- Sofern keine gesonderte Mitteilung eingeht, wird davon ausgegangen, dass der alte Teilnahmeantrag unverändert aufrecht gehalten wird.

Der Teilnahmeantrag, der EEE-Vordruck und die übrigen Unterlagen, die zwingend zu verwenden sind sowie die Bewertungsmatrizen, der Vertragsentwurf und die übrigen Anlagen stehen auf www.eVergabe.de zur Verfügung.

Die Auftraggeberin behält sich vor, Erklärungen und Nachweise zum Teilnahmeantrag beim Bewerber nachzufordern, sofern diese zum Zeitpunkt der Abgabe der Bewerbungsunterlagen nicht beigelegt haben, jedoch eine Relevanz für die Wertung besteht (§ 56 VgV). Die Auftraggeberin wird für die Nachforderung von Nachweisen und Erklärungen gegenüber dem Bewerber eine angemessene Frist im Sinne des § 56 Abs. 4 VgV setzen. Werden die insofern geforderten Unterlagen dann nicht fristgerecht eingereicht, wird die Bewerbung vom weiteren Verfahren ausgeschlossen.

Die Anfragen und die Antworten von Bewerbern werden ebenfalls anonym eingestellt.

22. Rechtsbehelfsbelehrungen/ Nachprüfungsverfahren

22.1 Zuständige Stelle für Rechtsbehelfsbelehrungen/ Nachprüfungsverfahren

Vergabekammer des Freistaates Sachsen bei der Landesdirektion Leipzig
 Braustraße 2
 04107 Leipzig
 Deutschland
 Tel.: +49 341 997 0
 Fax: +49 341 997 1049
 E-Mail: vergabekammer@lds.sachsen.de
 Internet-Adresse: <http://www.lds.sachsen.de>

Verstöße im Sinne von § 135 Abs. 1 GWB (Unwirksamkeit des Vertrages) sind in einem Nachprüfungsverfahren innerhalb von 30 Kalendertagen ab Kenntnis des Verstoßes, jedoch nicht später als 6 Monate nach Vertragsschluss geltend zu machen. Hat die Auftraggeberin die Auftragsvergabe im EU-Amtsblatt bekannt gemacht, endet die Frist zur Geltendmachung der Unwirksamkeit 30 Kalendertage nach Veröffentlichung der Bekanntmachung der Auftragsvergabe im Amtsblatt der EU (§ 135 Abs. 2 GWB). Ein Nachprüfungsverfahren ist nur bei Einhaltung nachfolgender Voraussetzungen zulässig: Verstöße gegen Vergabevorschriften, die der Bewerber im Vergabeverfahren erkannt hat, sind gegenüber der Auftraggeberin innerhalb von 10 Kalendertagen nach Kenntnis über das Nachrichtenportal bei www.eVergabe.de zu rügen. Der Ablauf der Frist nach § 134 Abs. 2 GWB bleibt

unberührt. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, sind spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung genannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber der Auftraggeberin über das Nachrichtenportal bei www.eVergabe.de zu rügen. Die Frist beginnt mit der Kenntnis des Vergabeverstößes und endet mit Ablauf des zehnten Kalendertages, spätestens jedoch mit Ablauf der in der Bekanntmachung bzw. den Vergabeunterlagen genannten Frist zur Abgabe des Teilnahmeantrags. Wir weisen ausdrücklich darauf hin, dass nach Ablauf dieser Frist Vergabeverstöße, die aus der Bekanntmachung oder den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht mehr gerügt werden können.

Ein Nachprüfungsantrag ist binnen 15 Kalendertagen nach Eingang der Mitteilung der Auftraggeberin einer Rüge nicht abhelfen zu wollen einzureichen (§ 160 Abs. 3 GWB). Die Auftraggeberin informiert im Sinne des § 134 GWB spätestens 10 Kalendertage vor dem Vertragsschluss denjenigen bzw. diejenigen Bieter, deren Angebote nicht berücksichtigt werden sollen über den Namen des Unternehmens, dessen Angebot angenommen werden soll, über die Gründe der vorgesehenen Nichtberücksichtigung ihres Angebots und über den frühesten Zeitpunkt des Vertragsschlusses.

Die Mitteilungen erfolgen ausschließlich auf www.eVergabe.de an den Bieter. Mit der Abgabe des Teilnahmeantrags erklärt sich der Bieter damit einverstanden und verpflichtet sich, dass der Schriftverkehr ausschließlich über www.eVergabe.de erfolgt, und zwar auch in Bezug auf die Mitteilung über beabsichtigte Rechtsbehelfe seitens des Bieters.

Weiterhin erklärt sich der Bieter einverstanden, dass den nichtberücksichtigten Bieter der Name des erfolgreichen Bieters mitgeteilt wird.

22.2 Stelle, die Auskünfte über die Einlegung von Rechtsbehelfen erteilt

Vergabekammer des Freistaates Sachsen bei der Landesdirektion Leipzig
Braustraße 2
04107 Leipzig
Deutschland
Tel.: +49 341 997 0
Fax: +49 341 997 1049
E-Mail: vergabekammer@lds.sachsen.de
Internet-Adresse: <http://www.lds.sachsen.de>

23. Tag der Absendung dieser Bekanntmachung

12.04.2024

Anlagen:

- Teilnahmeantrag
- Bewertungsmatrix 1
- Bewertungsmatrix 2
- Vertragsentwurf
- EEE-Vordruck
- Lageplan
- Variantenuntersuchung nebst Kostenrahmen
- Gemeinderatsbeschluss